az HEUTE ONLINE

HEUTE

Das grosse Wuffli-Interview: «Bis zum Urteil wäre ich im AHV-Alter.»

Bahnhof Aarau: So feiert die Aargauer Bevölkerung den neuen Bahnhof.

Oktoberfest: Stadt Baden frönt dem Bier.

MEISTGELESEN

1. Sex hinter Gittern: Wie intim dürfen verurteilte Straftäter sein?

2. Food: Ist der Honig der Bieler Firma Narimpex mit Antibiotika verseucht?

3. Aarau: Bahnhof mit Feuerwerk und Prominenz eingeweiht

4. People: Was treibt Michelle Hunziker mit John Travolta?

VIDEO DES TAGES

«Decision Points»: Das war der wichtigste Tag im Leben von George W. Bush.

Presseschau

THE TIMES

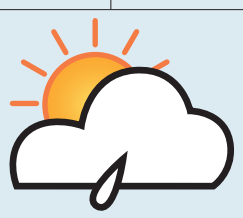
Proteste in Frankreich Das wirtschaftliche Argument für die Rentenreform ist überwältigend, und der Präsident sollte trotz der Proteste standhaft bleiben. Die Notwendigkeit von Reformen ist nicht spezifisch für Frankreich, auch wenn sie dort besonders akut ist. Die demografischen Faktoren, die die Kosten für das französische System erhöht haben, sind in anderen entwickelten Industrienationen ebenso verbreitet. (…) Herr Sarkozy ist in diesem Fall ein Fahnenträger für ökonomische Vernunft und Notwendigkeit.

CORRIERE DELLA SERA

Müllberge in Neapel In Neapel sind der Staat und eine Kommune von 3000 Einwohnern gleichzeitig dabei, langsam zugrunde zu gehen. Die Bilder dazu lieferten die Zusammenstösse der vergangenen Tage: verbrannte Müllwagen und Nationalfahnen, maskierte Randalierer, die – zwischen demonstrierenden Frauen und Kindern versteckt – Steine auf die Polizei werfen und Schaufenster in Trümmer legen. «Eine echte Intifada», wie lokale Printmedien kommentierten.

Das Wetter heute

6°	12°



«Die Ochsentour ist der klassische Weg»

Wahlen 2011 Kommunikationsberater Mark Balsiger über den Einfluss von Facebook auf die Wahlen

VON ROMAN SCHENKEL

Braucht es für den Sprung nach Bern ein Facebook-Profil?
Mark Balsiger: Noch ist es für Politiker möglich, ohne neue Medien zu arbeiten. Ich bin aber sicher, dass diese in fünf Jahren zum Courant normal gehören, so wie heute E-Mails und Wikipedia. Dann wird jeder Politiker bei Facebook, Twitter – wie die Plattformen dann heissen mögen – dabei sein.

Das Internet ist also zurzeit noch nicht so wichtig?
Es wird 2011 sicher Kandidaten geben, die gewählt werden, ohne in sozialen Netzwerken aktiv gewesen zu sein. Die Entwicklung in diesen Kanälen ist aber enorm und öffnet neue Möglichkeiten. Sich dem zu entziehen, wird immer schwieriger. Soziale Netzwerke sind nichts anderes als modern verstandene Bürgernähe.

Junge Politiker haben weniger Berührungsängste mit neuen Medien. Ist 2011 ein Wahljahr für Junge?
Es gibt auch gestandene Politiker, die sich stark im Internet engagieren. Aktive Nutzer haben gute Chancen, dass ihr Engagement von den klassischen Medien gelegentlich aufgegriffen wird. Allerdings muss man Substanz vermitteln und über längere Zeit aktiv sein. Wer kurz vor den Wahlen ein Facebook-Profil eröffnet, vergeudet nur seine Zeit.

Wie viel Zeit sollten Politiker ins Internet investieren?
Ich empfehle, mindestens zweimal pro Woche eine halbe Stunde für soziale Netzwerke aufzuwenden. In der Aufbauphase braucht es allerdings ein grösseres zeitliches Engagement.

Was hat sich am Wahlkampf im Vergleich zu früher geändert?
Seit 1995 hat die Personalisierung unglaublich zugenommen. Heute prägen einige wenige nationale Köpfe das Image einer Partei. Gleichzeitig haben sich die Medien geändert: Früher bildeten sie vor allem ab, was läuft, heute sind viele auch Akteure. Sie unterstützen gewisse Personen und schweigen andere tot.

Und die nationalen Parteien, wie wichtig sind sie für die Wahl?
Die nationalen Parteien sind heute besser aufgestellt als früher. In den Parteisekretariaten ist viel Know-how vorhanden. Sie unterstützen die Kantonalsektionen aktiv und frühzeitig. Für den persönlichen Wahlerfolg ist jeder Kandidat darauf angewiesen, dass seine Partei auf nationaler Ebene gut unterwegs ist. Ist dieses Fundament schwach, wird es schwierig. Die Wähler machen eine Kombination zwischen Affinität zu einer Partei und Sympathie zu einem Politiker. Wenn diese Kombination nicht stimmt, ist man auch mit einem perfekten Wahlkampf chancenlos.

Wie gelingt einem Kantonspolitiker die Wahl nach Bern?
Die Ochsentour ist immer noch der klassische Weg. Wer nach Bern will, muss Knochenarbeit leisten. Kaum jemand wird aus dem Stand gewählt. Das sind Ausnahmefälle, Bastien Girod aus Zürich zum Beispiel. Er war ein Medienstar, bevor er in der Politik richtig Fuss gefasst hatte.

Wer sich jetzt erst in den Wahlkampf begibt, ist also zu spät?
Nein, viele Wahllisten sind noch nicht bereinigt. Es kann sich lohnen, jetzt aufzuspringen und in Ruhe eine kluge Strategie zu erarbeiten. Der Listenplatz ist aber nicht überall gleichbedeutend. Im Kanton Zürich muss man zuvorderst stehen, um gewählt zu werden. Daher kostet ein Platz unter den ersten vier bei der FDP des Kantons Zürich auch 40 000 Franken.

Mit 40 000 Franken kann man sich in Zürich einen prominenten Listenplatz kaufen. Wie viel Geld aber kostet ein Nationalratsmandat insgesamt?
In den grossen Kantonen Zürich, Aargau, Bern, Waadt und St. Gallen muss ein Politiker, der neu gewählt werden will, mindestens 150 000 Franken zur Verfügung haben.

«Noch ist es für Politiker möglich, ohne neue Medien zu arbeiten.» HO

■ BUDGETS: DIE GROSSE BESCHEIDENHEIT

Wir haben 40 amtierende Bundesparlamentarier aus dem az-Einzugsgebiet nach ihren Budgets für die Wahlkämpfe 2007 und 2011 gefragt. Zurückgeschrieben haben 23 von ihnen, davon wollten 12 keine Angaben machen. Wer Zahlen erwähnt, nennt in der Regel eher bescheidene Summen zwischen 2000 und 10 000 Franken. Hinzu kommt bei allen die unentgeltliche Unterstützung durch Wahlkampfteams mit jeweils drei bis 15 Mitgliedern. Ausschläge nach oben zeigen die Kandidaten für den Ständerat: Claude Janiak (BL) hat 2007 persönlich 25 000 Franken investiert. Ulrich Giezendanner (AG) rechnet für 2011 mit 70 000 Franken. (CAV)

Im Dezember erscheint **Mark Balsigers** neues Buch **«Wahlkampf – aber richtig».**

az ausserdem zum Thema

Welcher Partei werden Sie 2011 Ihre Stimme geben? Wählen Sie Online!

Wahlkampf Ausser der BDP treten alle Parteien mit mindestens einer Volksinitiative an

GLP

grünliberale

Ausgangslage
«Grünliberal»: Das ist eine attraktiv klingende Marke, für Neider und andere Kritiker ist es aber auch die One-Man-Show des Zürcher Nationalrats Martin Bäumle. Nach dem Zerwürfnis mit den Grünen haben Bäumle und die damalige Zürcher Regierungsrätin Verena Diener die Partei ins Leben gerufen. Ein Erfolgsprojekt: Bei den Nationalratswahlen 2007 eroberte die GLP im Kanton Zürich drei Nationalratsmandate, Diener wurde Ständerätin. Seither sind im ganzen Land Kantonalsektionen aus der Taufe gehoben worden, derzeit gibt es deren 14. In Bundesbern ist die GLP Juniorpartnerin in der Fraktion mit der CVP. Das Ziel von Parteipräsident Bäumle für die kommende Legislatur ist freilich eine eigene Fraktion.

Wahlkampf
Geht es nach Martin Bäumle, lanciert die GLP im Wahljahr eine Volksinitiative. Die Forderung: Die Mehrwertsteuer soll durch eine Energiesteuer ersetzt werden. Die GLP-Delegierten entscheiden im November über die Lancierung.

BDP

BDP
Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz

Ausgangslage
Die BDP ist die Bewegung der früheren SVP-Magistraten Eveline Widmer-Schlumpf und Samuel Schmid. Die Wahlen für den Berner Grossrat haben indes gezeigt: Die BDP ist zwar eine Abspaltung, doch kaum eine Konkurrentin der SVP. Vor der BDP fürchten müssen sich FDP wie CVP – am meisten natürlich in Bern und Graubünden. Aber auch in den übrigen Kantonen – aktuell gibt es 14 Sektionen – kann die BDP entscheidende Prozentpunkte absaugen. Darum möchte zumal die CVP-Spitze die BDP näher an sich binden. Sie denkt primär an eine gemeinsame Bundeshausfraktion für die kommende Legislatur. Immerhin liest sich das Parteiprogramm der BDP streckenweise wie eine Kopie von demjenigen der CVP.

Wahlkampf
Als einzige der hier aufgeführten Parteien verzichtet die BDP darauf, eine Volksinitiative zu lancieren. Man setzt im Wahlkampf lieber auf das Aushängeschild der Partei: Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf.

Grüne

GRÜNE

Ausgangslage
2007 war der Klimawandel in aller Munde, davon haben die Grünen profitiert: Die Partei hat bei den Wahlen 2,2 Prozent zugelegt und fast 10 Prozent erreicht. Auch im Ständerat sind die Grünen heute vertreten, und es sind gerade die zwei Ständeräte Robert Cramer (GE) und Luc Recordon (VD), die zeigen: Grüne Politik kann sehr solide daherkommen. Vor diesem Hintergrund klopft man inzwischen selbstbewusst an die Tür des Bundesrates. Zumindest bei der Suche nach Deutschschweizer Kandidaten für die Landesregierung zeigt sich dann aber, wie dünn die Personaldecke nach wie vor ist. Ebenfalls etwas ernüchternd ist die sachpolitische Bilanz der Fraktion: Die erfolgreichen Vorstösse lassen sich an einer Hand abzählen.

Wahlkampf
Die Grünen planen fürs Wahljahr 2011 eine Volksinitiative «für eine grüne und ressourceneffiziente Wirtschaft». Bis Ende dieses Jahres soll der Wortlaut vorliegen und von den Delegierten verabschiedet werden.

CVP

CVP

Ausgangslage
Die Prognosen hatten Böses erahnen lassen. Tatsächlich aber legte die CVP im Oktober 2007 um 0,1 Wählerprozent zu. Den eigentlichen Kern des Wahlkampfes hatte die Parole ausgemacht, man wolle den 2003 verlorenen zweiten Bundesratssitz zurückerobern. Auch in den ersten zwei Jahren der laufenden Legislatur bildete dieses Projekt für die CVP ein Lebenselixier. Entsprechend hart war es, als der Angriff auf die FDP bei der Nachfolge von Bundesrat Couchepin fehlschlug. Seit die CVP kürzlich gemeinsam mit der FDP den UBS-Staatsvertrag gegen die Opposition von SP und SVP durchs Parlament gebracht hat, keimt indes neue Hoffnung: Man glaubt, nach dieser Demonstration der Stärke wirke die Mitte wieder attraktiv.

Wahlkampf
Im Dezember will die CVP entscheiden, mit welcher Volksinitiative sie im Wahljahr Präsenz markieren will. Derzeit werden verschiedene Projekte erarbeitet, im Vordergrund stehen familienpolitische Forderungen.